



Zur Krise sozialer Reproduktion

Mit diesem Artikel verfolge ich das Ziel, die derzeitige Krise sozialer Reproduktion zu analysieren, worunter ich den zugespitzten Widerspruch zwischen ökonomischer Profitmaximierung einerseits und Reproduktion der Arbeitskraft andererseits verstehe. Dabei möchte ich verdeutlichen, dass nicht nur die Auswirkungen dieser Krise geschlechtsspezifisch sind, sondern dass bereits die Ursachen eng mit der zunehmenden Bedeutung von Lohnarbeit für alle Erwerbspersonen und der Doppelbelastung durch Reproduktionsarbeit vor allem für Frauen zusammenhängen. Ausgehend von dieser Analyse geht es mir darum, mit dem Konzept der Care-Revolution eine feministische Perspektive für eine gesellschaftliche Transformation darzustellen.

Im Folgenden beschreibe ich die Veränderungen im Bereich der Reproduktions- und Care-Arbeit sowie den damit einhergehenden Wandel in den Geschlechterverhältnissen konkret-historisch für die BRD. Zunächst analysiere ich die gesellschaftlich abgewertete Reproduktionsarbeit, die im hegemonialen Diskurs als typische Frauenarbeit oft unsichtbar bleibt. Diese zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Arbeit wird nicht warenförmig, sondern am Gebrauchswert orientiert, in familiären und zivilgesellschaftlichen Bereichen realisiert. Zu Beginn gehe ich darauf ein, wie die Realisierung dieser Reproduktionsarbeit, auch Haus- und Sorgearbeit genannt, sich von den Aufgaben der Hausfrau im Fordismus zu einem System der ArbeitskraftmanagerIn verschiebt und sich daraus eine Reproduktionslücke ergibt. Danach verdeutliche ich, wie auf diese Reproduktionslücke mit staatlichen und privatwirtschaftlichen Care-Angeboten reagiert beziehungsweise nicht reagiert wird und welche Auswirkungen das für das Handeln der Reproduktionsarbeitenden hat. Abschliessend konkretisiere ich theoretisch-abstrakt, was ich als Krise sozialer Reproduktion begreife und benenne.

Von Familiernährern und Hausfrauen zu ArbeitskraftmanagerInnen

In einem kapitalistischen System wird die Sorge für Menschen systematisch nur insoweit berücksichtigt, als es für das ökonomische Ziel, möglichst hohe Profite zu erzielen, von Bedeutung ist. Benötigt werden hoch kompetente, mobile Arbeitskräfte zu mög-

Dr. Gabriele Winker

Die Autorin ist Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies an der TU Hamburg-Harburg und Mitbegründerin des Feministischen Instituts Hamburg.



lichst geringen Löhnen und Gehältern, ohne dass für deren Reproduktion und Bereitstellung zu hohe Kosten entstehen. In der fordistischen Hochphase der Bundesrepublik Deutschland (1960er- bis Mitte der 1970er-Jahre) übernahmen nicht- oder teilzeitbeschäftigte Ehefrauen die Reproduktionsarbeit in familialen Bezügen unter nicht warenförmigen Bedingungen. Im Gegenzug erhielten die meist männlichen Ernährer einen sogenannten Familienlohn, der aus heutiger Sicht verhältnismässig hoch war und die Alimentation der Ehefrau wie auch die finanzielle Versorgung der Kinder erlaubte. So konnte sich damals die Mehrzahl der männlichen Beschäftigten bis in Kreise der Facharbeiter hinein den freiwilligen oder erzwungenen Verzicht von Frauen auf Berufstätigkeit im wahrsten Sinne des Wortes leisten. Individuelle und soziale Risiken wie Krankheit, Berufsunfähigkeit, Erwerbslosigkeit und Altersversorgung waren weitgehend durch beitragsfinanzierte Sicherungssysteme und damit verbundene staatliche Sozialleistungen abgesichert.

Allerdings führen die in dieser Zeit steigenden Reallöhne, wie Stephan Krüger zeigt (2010, 465), zu sinkenden Mehrwertraten und tragen in der Folge auch zu fallenden Profitraten bei. Mit den ökonomischen Wirtschaftskrisen, die sich seit Mitte der 1970er-Jahre verschärfen, zeigt sich, dass der Familienlohn sowie die damit verbundenen Sozialausgaben zur Absicherung aller Familienmitglieder für die Kapitalverwertung mit verhältnismässig hohen Kosten verbunden sind. Das Ernährermodell wurde für die Kapitalverwertung in Zeiten der Globalisierung der Kapitalmärkte zu teuer. So wurde das Reproduktionsmodell des Familienernährers nicht nur von der zweiten Frauenbewegung wegen patriarchaler Unterdrückung und Diskriminierung bekämpft, sondern verliert seit den 1980er-Jahren insbesondere aufgrund seiner hohen ökonomischen Kosten schrittweise an Bedeutung.

Folgerichtig gilt im Postfordismus die gesellschaftspolitische Zielvorgabe, dass sich jede erwachsene Person um die eigene Existenzsicherung zu kümmern, sprich: ihre Arbeitskraft zu verkaufen hat. Diese Forderung wird mit dem neoliberalen Konzept der Eigenverantwortung und Selbsttätigkeit verknüpft. Zusammen mit den Emanzipationsbestrebungen vieler Frauen führt dies seit den 1970er-Jahren zu einem kontinuierlichen Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit. Auch können sich immer mehr Menschen die fordistische Lebensform des Ernährermodells wegen sinkender Reallöhne und der Durchlöcherung des Sozialsystems nicht mehr leisten, und zwar nicht nur Einkommensschwache, sondern auch viele Mitglieder der sogenannten sozialen Mitte. Heute steht das Zwei-VerdienerInnen-Modell (*adult-worker-model*) im Zentrum, bei dem alle erwerbsfähigen Personen – unabhängig vom Geschlecht, Fa-



milienstatus und der Anzahl der zu betreuenden Kinder und Angehörigen – durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft für ihren eigenen Lebensunterhalt aufzukommen haben.

Mit dieser Entwicklung verliert das traditionelle Konzept der Hausfrau an Bedeutung. Viele Frauen stehen – zumal bei hoch flexiblen Arbeitszeitanforderungen – nicht mehr umfassend für die Reproduktionsarbeiten zugunsten aller Familienmitglieder zur Verfügung. Das lässt sich auch als später Erfolg der zweiten Frauenbewegung lesen, für die die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen durch einen eigenständigen Zugang zur Erwerbsarbeit wesentlich war (vgl. u.a. Soiland 2009: 412). Für viele Frauen wird allerdings die Abhängigkeit vom Familienernährer durch eine Pflicht zur Vermarktung der eigenen Arbeitskraft unter prekären Bedingungen oder durch ein Leben unter den rigiden Einschränkungen und Zwängen des Sozialgesetzbuches II (SGB II) ersetzt. Nancy Fraser (2009: 52) stellt dazu treffend fest, dass »der Traum von der Frauenemanzipation in den Dienst der kapitalistischen Akkumulationsmaschine gestellt« wird.

Parallel zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt steigen die inhaltlichen und zeitlichen Anforderungen an die Reproduktionsarbeit. Familien werden zu Schaltstellen eines umfassenden und komplexen Managements. Wegen der nicht gesicherten Ganztagesbetreuung von Kindern ist es die Aufgabe der Eltern, primär der Mütter, mobil und flexibel für das warme Mittagessen, die Hausaufgabenbetreuung oder Fahrdienste zu Sport- oder Musikaktivitäten zur Verfügung zu stehen. Hinzu kommt die Verantwortung für kranke und unterstützungsbedürftige Angehörige, die aufgrund der staatlichen Deregulierung und demografischen Entwicklung gleichermassen wächst. Ferner wird auch die Selbstsorge immer aufwendiger, da es gilt, die eigene Qualifikation fortwährend zu verbessern sowie einen eigenverantwortlichen Umgang mit permanenten Überforderungen und Gesundheitsrisiken zu erlernen. Insbesondere Frauen müssen die unterschiedlichen, durch die steigenden Anforderungen immer dichter werdenden Zeitpläne der Familienmitglieder synchronisieren, wobei sie selbst unter permanenter Zeitnot beziehungsweise Stress leiden.

Zusammen mit Tanja Carstensen habe ich deswegen das Konzept des Arbeitskraftunternehmers (Voss/Pongratz 1998) um die steigenden Anforderungen an Eigenverantwortung im Bereich der Reproduktionsarbeit ergänzt. Wir sprechen von ArbeitskraftmanagerInnen und betonen damit die aktive Koordinierung und Synchronisation von Tätigkeiten ganz verschiedener Art in allen Lebensbereichen (Winker/Carstensen 2007). Wir beziehen die drei Eigenschaften des Arbeitskraftunterneh-



mers somit auch auf die Reproduktionsarbeit. Die Selbst-Kontrolle als verstärkte selbstständige Planung, Steuerung und Überwachung der eigenen Tätigkeiten gilt als Prinzip sowohl für den Bereich der Lohnarbeit als auch für die Organisation der Reproduktionsarbeit – sei es in Bezug auf Schwangerschaft, Kindererziehung oder Altenpflege; auch hier nimmt die Orientierung an Leistung und Effizienz zu. Einer Selbst-Ökonomisierung als Produktion und Vermarktung der eigenen Fähigkeiten im beruflichen Bereich kann eine Orientierung an familienbiografischen Planungen im Sinne einer Selbst-Sozialisierung gegenüber gestellt werden. Familienplanungen und die Frage nach dem »richtigen« Zeitpunkt für Kinder unterliegen ebenfalls einem strategischen Kalkül, das von Individuen Entscheide erfordert, für die sie dann auch die Verantwortung zu tragen haben. Schliesslich sind unter der Orientierung zur bewussten umfassenden Organisation des Alltags, die bei Günter G. Voss und Hans J. Pongratz (1998) als Selbst-Rationalisierung bezeichnet wird, auch die Reproduktionstätigkeiten und nicht nur die sogenannte Freizeit zu berücksichtigen.

Mit der zunehmenden Frauenerwerbsarbeit und gleichzeitig steigenden Reproduktionsanforderungen sind ArbeitskraftmanagerInnen jedoch in steigendem Masse überbeansprucht. Offen bleibt, wer in dieser Situation die Reproduktionsarbeit übernehmen soll, die bei der letzten statistischen Messung im Jahr 2001 in der BRD zeitlich um das 1,7-Fache umfangreicher war als die Lohnarbeit (BMFSFJ/Statistisches Bundesamt 2003). Um diese Frage zu beantworten, verdeutliche ich im Folgenden, inwiefern staatliche und privatwirtschaftliche Konzepte die Reproduktionslücke schliessen können respektive welche familiären Reproduktionsmodelle zur Verfügung stehen.

Zum staatlichen, privatwirtschaftlichen und familiären Umgang mit der Reproduktionslücke

Während mit dem Begriff der Reproduktionsarbeit als Pendant zur Lohnarbeit auf die Bedeutung der Haus- und Sorgearbeit für das kapitalistische Prinzip der Profitmaximierung fokussiert wird, kommt mit der seit den 1980er-Jahren laufenden Care-Debatte die Gesamtheit der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeit in den Blick. Wie Margrit Brückner (2010) und ähnlich Mascha Madörin (2006) verstehe ich unter Care-sowohl die Gesamtheit der familiären Sorgearbeit als auch Erziehungs- und Betreuungstätigkeiten in Institutionen wie Kindergärten, Schulen und Altersheimen. Auch in dieser Debatte wird darauf verwiesen, dass es überwiegend Frauen sind, die Care-Tätigkeiten ausführen. Da familiale Care-Arbeit keine gesellschaftliche Anerkennung erfährt,



werden auch personennahe Tätigkeiten wie Betreuung und Pflege in staatlichen oder privatwirtschaftlichen Dienstleistungsbereichen gering entlohnt. In der international geführten Diskussion um den Begriff Care stehen die konkreten inhaltlichen Tätigkeiten des Sorgens, deren Besonderheiten und die dafür notwendigen Kompetenzen im Vordergrund des Interesses. Gleichzeitig wird hier betont, welche hohe ökonomische Bedeutung dem grossen Wirtschaftssektor der Care-Tätigkeiten zukommt.

Care-Tätigkeiten können in einer kapitalistischen Gesellschaft unterschiedlich realisiert werden. In der Regel werden sie mit einem Mix aus unbezahlten oder gering entlohnten Tätigkeiten innerhalb von Familien einerseits sowie staatlichen und privatwirtschaftlichen Dienstleistungen andererseits ausgeführt. Im Folgenden gehe ich zunächst auf die geringen staatlichen Unterstützungsleistungen ein, verdeutliche dann, dass der Übernahme von staatlichen Funktionen durch Unternehmen enge Grenzen gesetzt sind und frage abschliessend danach, wie Menschen mit den steigenden familiären Sorgeverpflichtungen umgehen.

Abbau staatlicher Unterstützungsmassnahmen

Die derzeitige Familienpolitik unterstützt und finanziert Care nur dort, wo es dem Wirtschaftswachstum zuträglich ist. Das Bundesfamilienministerium leitet daraus für sich die beiden Ziele Erhöhung der Geburtenrate sowie Steigerung der Frauenerwerbsbeteiligung ab (vgl. Rürup/Gruescu 2003, 57). Entsprechend sollen staatliche Sozialausgaben nur dort mit möglichst geringen Kosten realisiert werden, wo ansonsten die Frauenerwerbsquote in Gefahr ist oder die Geburtenrate zu sinken droht.

So wird im Bereich der Familienpolitik häufig zwischen Leistungsträger_innen und Leistungsempfänger_innen unterschieden. Während beispielsweise gut verdienende Eltern für zwölf beziehungsweise 14 Monate bis zu 1800 Euro pro Monat Elterngeld als Lohnersatzleistung beziehen können, werden bei Hartz-IV-Empfänger_innen selbst die ihnen zustehenden 300 Euro mit dem ALG II verrechnet. Das entspricht faktisch einer Streichung. Es geht also beim Elterngeld explizit nicht um eine allgemeine finanzielle Unterstützung von Reproduktionsarbeit.

Auch der schrittweise Ausbau der Kindertagesstätten ist primär für die Absicherung der Berufstätigkeit von Eltern gedacht. So sieht das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungsausbaugesetz vor, bis zum August 2013 für ein Drittel der Kinder bis zu drei Jahren einen Betreuungsplatz (in Krippen oder bei Tagesmüttern) zur Verfügung zu stellen, verbunden mit einem Rechtsanspruch auf öffentlich unterstützte Be-



treuung. Nach SGB VIII, § 24 haben jedoch Kinder von berufstätigen Eltern Vorrang. Das Kindeswohl bleibt zweitrangig. Und selbst diese Kinderbetreuungskosten versucht man, soweit es nur irgendwie geht, zu drücken. Leiharbeiter_innen sowie unausgebildetes oder schnell ausgebildetes Betreuungspersonal werden bereits eingesetzt – dies soll systematisch ausgeweitet werden.

Auch die am 1. Januar 2009 in Kraft getretene Unterhaltsreform zielt darauf, Erwerbstätigkeit von Kindererziehenden – in der Regel Frauen – zu forcieren. Alle Kinder unterhaltspflichtiger Partner und Partnerinnen erhalten Vorrang vor dem Unterhalt für geschiedene Frauen (oder auch Männer); deren Unterhalt wird entsprechend eingeschränkt oder entfällt ganz. Das zwingt Frauen nach der Scheidung, ihren Lebensunterhalt selbstständig zu bestreiten, auch wenn sie Kinder zu versorgen haben. Ausgenommen von der Erwerbspflicht sind Frauen mit Kindern unter drei Jahren. Da Frauen nach wie vor deutlich weniger verdienen als Männer und vor allem nach einer Familienphase schlechtere Einstiegsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben, werden sich mit diesem neuen Recht viele Frauen, die Reproduktionsarbeit leisten, nach einer Scheidung in prekären Lebensverhältnissen wiederfinden.

Bei der Betreuung pflege- und hilfsbedürftiger älterer Menschen ist die staatliche Unterstützung noch deutlich geringer, werden diese doch im Gegensatz zu Kindern nicht mehr als Arbeitskräfte benötigt. Dort konnte eine bezahlte Freistellung zur Pflege – vergleichbar mit dem Elterngeld – nicht durchgesetzt werden. Nach dem Pflegezeitgesetz können sich pflegende Angehörige zwar bis zu sechs Monate von der Erwerbsarbeit freistellen lassen oder nach dem Familienpflegezeitgesetz, das am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, ihre Arbeitszeit während zwei Jahren reduzieren, allerdings bei beiden Formen ohne jeglichen Ausgleich für die entfallenen Löhne und Gehälter. So wird bei der Pflege auf das grosse Engagement der Angehörigen gesetzt, die mit einem – wenn überhaupt – nur geringen Pflegegeld die Sorge für Eltern und Verwandte übernehmen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Familien werden nur unterstützt, wenn ansonsten das ökonomische Wachstum beeinträchtigt wird. Familienpolitik ist damit im Kern Wirtschaftspolitik.

Privatisierung profitträchtiger staatlicher Funktionen

Die Privatisierung von Staatsfunktionen, etwa die Übernahme von öffentlichen Krankenhäusern, findet nur dort statt, wo das Kapital Profite erwartet. So reduzieren privatisierte Krankenhäuser die Liegezeiten und spezialisieren sich beispielsweise auf Knie- oder Hüftoperationen, da



diese wie am Fließband profitabel abzuwickeln sind. Eine Gesamtversorgung ist damit ebenso wenig gewährleistet wie die Pflege nach einem operativen Eingriff. Ferner konzentrieren sich privatwirtschaftliche Konzepte aus Gründen der Profitmaximierung auf gut Verdienende beziehungsweise Privatversicherte, was bei elitären Bildungsstätten, Wellness-Oasen oder De-Luxe-Seniorenresidenzen sichtbar wird.

Damit wird deutlich, dass Care-Unternehmen in bestimmten Bereichen profitabel für das jeweilige Einzelkapital sein können. Auch entspricht dieses Vorgehen zunächst dem neoliberalen Credo, möglichst alle Bereiche profitorientiert über den Markt abzuwickeln. Doch gleichzeitig steigert ein hoher Prozentsatz von Care-Dienstleistungen, die über die Warenwirtschaft abgewickelt werden, die durchschnittlichen Reproduktionskosten, erhöht so den durchschnittlichen Wert der Arbeitskraft und senkt die Mehrwertrate. Damit ist die Ökonomisierung von Sorgearbeit durch privatwirtschaftliche, warenförmig organisierte Care-Angebote teuer in dem Sinne, dass sie die Profitrealisierung für die meisten Kapitalfraktionen tendenziell einschränkt.

Ein weiterer ökonomischer Aspekt, der aus der Perspektive der kapitalistischen Akkumulationslogik »die Care-Ökonomie heute in eine Krise« treibt (Madörin 2006: 286), besteht im Problem divergierender Produktivitäten: Care-Tätigkeiten ist eigen, dass sie sich durch technische Innovationen oder eine effizientere Gestaltung von Arbeitsabläufen nicht in dem Masse rationalisieren lassen, wie das in der Güterproduktion der Fall ist. Insbesondere Sorge- und Pflegearbeit lässt sich nicht schneller und effizienter gestalten, sondern erfordert Zeit. Die damit verbundenen geringeren Produktivitätsfortschritte verteuern die Care-Arbeit gegenüber der Güterproduktion. Die Gesamtausgaben dafür steigen bei gleichen oder sogar verminderten Leistungen kontinuierlich an. Das ist der Grund, warum staatliche Care-Dienstleistungen immer mehr in den Fokus neoliberaler Sparpolitik geraten und warum privatwirtschaftliche Care einen profitablen Umgang mit diesem Problem finden muss. Das geschieht durch Rationalisierungsstrategien, die einerseits durch Abwertung der geschlechtlich konnotierten Arbeit das Lohndumping forcieren und andererseits mit einem »subjektivierten Taylorismus« (Matuschek/Kleemann/Voss 2008) Arbeitsverdichtung und minutengetaktete Vorgaben für die zu erbringenden Leistungen vorantreiben.

Familiäre Reproduktionsstrategien

Da es bisher keine umfassende Politik für die soziale und finanzielle Unterstützung der täglich anfallenden Sorgearbeit gibt, stehen die meisten Menschen mit Sorgeverpflichtungen vor der schwierigen Aufgabe, den

Balanceakt zwischen Lohn- und Reproduktionsarbeit individuell zu meistern. Die Konsequenz: Viele Frauen befinden sich heute in einer Art Reproduktionsfalle. In ihrer Erwerbsarbeit sind sie mit zunehmenden Flexibilitätsansprüchen der Unternehmen, kontinuierlich steigendem Leistungsdruck, Arbeitszeitverlängerung und Reallohnsenkung konfrontiert. Entsprechend dem neoliberalen Credo der Eigenverantwortung setzen sie gleichzeitig alles daran, diese beruflichen Anforderungen mit den zunehmenden Aufgaben der Selbstorganisation und den gestiegenen Leistungsansprüchen in der Reproduktionsarbeit zu vereinbaren. In aller Regel führt dies zu Überbeanspruchung und Überlastung. Dabei sind Familien höchst unterschiedlich in der Lage, mit diesem Dilemma umzugehen. Diese unterschiedlichen Umgangsformen in Familien stelle ich idealtypisch anhand von vier Reproduktionsmodellen dar.

Ökonomisiertes Reproduktionsmodell

Nur wenige finanziell besser gestellte Erwerbstätige, die meist hoch qualifiziert und karriereorientiert sind und häufig auch auf Kinder verzichten, können sich ein ökonomisiertes Reproduktionsmodell leisten. Sie vermindern ihre Doppelbelastung, indem sie Care-Arbeit weitgehend an Haushaltsarbeiterinnen delegieren. Diese sind häufig Migrantinnen, die mit einem Niedriglohn und sozial nicht abgesichert arbeiten. Sie schliessen eine Versorgungslücke zwischen globalisierter Ökonomie, neoliberaler Politik und ökonomisierten Familien.

Paarzentriertes Reproduktionsmodell

Viele Menschen leben in einem paarzentrierten Reproduktionsmodell. Der Mann geht meist einer Normalarbeit nach, die zweite Person, meist die Frau, einer Teilzeitbeschäftigung. Hier wird Care-Arbeit nur für bestimmte Aufgaben oder für eine bestimmte Zeitspanne an Haushaltsarbeiterinnen übergeben. Der grosse Teil der Reproduktionsarbeit wird primär von den Frauen in Doppelbelastung erbracht. Dieses Modell ist sehr häufig, da mit der steigenden Frauenerwerbstätigkeit nicht die Normalarbeitsverhältnisse für Frauen ausgebaut wurden, sondern Teilzeitarbeitsplätze und Minijobs. Das Modell unterscheidet sich von der fordistischen Kleinfamilie dadurch, dass die Absicherung bei Arbeitsplatzverlust, Scheidung, Krankheit deutlich prekärer ist als früher.

Prekäres Reproduktionsmodell

Andere wiederum leben im prekären Reproduktionsmodell, in dem zumindest eine Person nicht in der Lage ist, sich über Erwerbsarbeit eine existenzsichernde Perspektive zu erarbeiten. Aufgrund ihrer Reproduk-



tionsverpflichtungen sind es meist Frauen, die vom Hauptnährer abhängig bleiben. Allerdings ist dieser in der Regel ebenfalls nicht in der Lage, eine Familie mit Kindern auf einem durchschnittlichen Lebensstandard zu versorgen. In solchen unsicheren Verhältnissen sind die Frauen einer enormen Doppelbelastung ausgesetzt. Sie versuchen über Teilzeit-, Mini- oder Midi-Jobs möglichst viel zum Familieneinkommen beizutragen, bleiben aber für den Grossteil der Reproduktionsarbeit zuständig, da sie die Sorge- und Pflegearbeit aus finanziellen Gründen nicht an bezahlte Dritte weitergeben können. Was dabei oft deutlich zu kurz kommt, ist die Selbstsorge (vgl. Nowak/Hausotter/Winker 2012).

Subsistenzorientiertes Reproduktionsmodell

Im diesem Modell finden sich jene Menschen wieder, die auf die staatliche Grundsicherung angewiesen sind. Sie sind wegen Reproduktionsverpflichtungen oder wegen ihrer nicht nachgefragten Qualifikationen nicht in der Lage, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, und werden in einer Gesellschaft, in der nur Lohnarbeit zählt, abgewertet und stigmatisiert. Und dennoch unternehmen auch sie vielfältige Aktivitäten, um ihre Existenz abzusichern, womit sie den Appellen zur »Selbstführung« nachkommen, ohne allerdings über entsprechende Handlungsmöglichkeiten zu verfügen.

Anhand dieser typisierten Reproduktionsmodelle lässt sich zeigen, dass weiterhin vor allem Frauen die anfallende Reproduktionsarbeit erledigen. Die konkrete Arbeitsteilung stellt sich jedoch je nach finanziellen Ressourcen, also je nach Klassenlage unterschiedlich dar. Der ungleiche Zugang zu der Erwerbssphäre führt zu unterschiedlichen familiären Arbeitsteilungen und Handlungsmöglichkeiten, wenn es um die Realisierung notwendiger Reproduktionstätigkeiten geht. Gleichzeitig hat das Ausmass der Sorgeverpflichtungen Auswirkungen auf die Chance, die eigene Arbeitskraft überhaupt verkaufen zu können. So wird Eltern- und primär Mutterschaft zu einer wichtigen Kategorie sozialer Ungleichheit (Lenze 2008). Deutlich wird, dass sich viele Menschen – primär Frauen – unter prekären Bedingungen und sinkenden Reallöhnen um ihre Daseinsvorsorge und die ihrer Kinder und Angehörigen kümmern, wobei sie die wegfallenden staatlichen Aufgaben in Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege in familiären Zusammenhängen auffangen. Damit übernehmen derzeit meist Frauen Care-Arbeit, zusätzlich zu ihrer Lohnarbeit und am Rande der Erschöpfung, zusammen mit Personen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen oder nur am Rande integriert sind, wie Rentner_innen oder Migrant_innen.



Diese Reproduktionsmodelle erscheinen zunächst für die Kapitalverwertung als die derzeit kostengünstigste Variante. Allerdings gilt es zu beachten, dass Arbeitskraft, die für die Mehrwertproduktion notwendig ist, nur in lebendigen Menschen existiert und mit der Existenzsicherung unlösbar verknüpft ist (vgl. Kontos/Walser 1979: 64). Aus diesem Grund ist Care-Arbeit für die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen, aber auch für das kapitalistische System von grundlegender Bedeutung. Es kommt zu einer Krise sozialer Reproduktion, wenn die Reproduktion der Arbeitskraft nicht mehr umfassend gesichert ist, was ich im Folgenden verdeutlichen möchte.

Die Krise sozialer Reproduktion

Wir befinden uns seit Mitte der 1970er-Jahre in einer tiefen Überakkumulationskrise. Die Gründe für solche Verwertungskrisen des Kapitals sieht Karl Marx in inneren Widersprüchen des Kapitalismus, die er unter anderem im Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate verdeutlicht (MEW 25: 221ff.). In solchen Situationen der Überakkumulation reagiert das Kapital in vielfältiger Weise: Die Unternehmen schränken die Realinvestitionen ein und legen ihr Kapital auf dem Geldmarkt an. Unterstützt durch Deregulierungen des Finanzsektors, fließen in bisher unbekanntem Ausmass Kapitalströme in Aktien, in den Devisen-, Derivate- oder Anleihenmarkt und andere Formen fiktiven Kapitals. Die Finanzspekulationen haben eine neue Quantität wie Qualität angenommen.

Eine weitere Strategie ist das Ausweichen in Tieflohnländer, wo unter anderem wegen des niedrigeren technologischen Niveaus mit billigeren Arbeitskräften höhere Profitraten erzielt werden können. Gleichzeitig versuchen Unternehmen und Staat in technologisch hoch entwickelten Ländern wie Deutschland, den Lohn für Teile der Beschäftigten mit Druckmitteln wie der Drohung der Standortverlagerung oder mit Job-Centers unter den Wert der Arbeitskraft herunterzuschrauben.

Ferner werden, um die Kosten zu senken, Sozialversicherungssysteme und staatliche Institutionen zurückgefahren, die für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendig sind. So werden Aufgaben im Bereich der Erziehung, Bildung, Gesundheit und Pflege in die Familien verlagert. Sie werden zusätzlicher Teil einer eh schon umfangreichen, familiär und zivilgesellschaftlich organisierten Reproduktionsarbeit, die für die Reproduktion der eigenen Arbeitskraft wie auch die Erziehung von Kindern und die Unterstützung pflegebedürftiger Personen unabdingbar ist. Dieser Bereich bleibt häufig – auch im Krisendiskurs – unsichtbar, weil diese gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht warenförmig, sondern



ausschliesslich am Gebrauchswert orientiert primär von Frauen erbracht wird. Vor allem Beschäftigte, die neben ihrer Lohnarbeit Sorgeverpflichtungen für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige übernommen haben, kommen bei längeren und flexibilisierten beruflichen Arbeitszeiten, eingeschränkten staatlichen Betreuungsangeboten sowie der Durchlöcherung der Sozialsysteme an die Grenzen ihrer Kräfte. Das gilt insbesondere für Frauen, deren Erwerbsquote seit den 1970er-Jahren kontinuierlich angestiegen ist und die heute in einer zweiten Arbeitsschicht die zunehmenden Reproduktionsarbeiten ausführen.

Mit all diesen Massnahmen gelingt es zwar, den Ausbeutungsgrad der Lohnabhängigen zu erhöhen. Die damit einhergehende Umverteilung der Einkommen zugunsten von Kapitalbesitzenden und Besserverdienenden bewirkt allerdings einen weiter wachsenden Überschuss an Kapital, das Anlagemöglichkeiten sucht. Um die Entwertung von Kapital zu vermeiden, nehmen staatliche Interventionen zur Absicherung des Finanz- und Währungssektors weiter zu. Die Überschuldung des Staates infolge der Rettungsmassnahmen vergrössert den Druck auf die staatlichen Leistungen, die zur Daseinsvorsorge oder, anders ausgedrückt, zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig sind, sich aber aus Kostengründen nicht mehr realisieren lassen. Die Massnahmen zur Krisenverschärfend.

Während sich viele Krisenanalysen intensiv mit den spekulativen Blasen auf den Finanzmärkten auseinandersetzen, werden die Massnahmen des Kapitals, die zu grossen Schwierigkeiten bei der Reproduktion der Arbeitskraft führen, viel zu wenig betrachtet. Das kapitalistische System ist in einem Land wie der BRD, das einen Teil seiner Überakkumulation durch Handelsüberschüsse auf andere Länder überträgt, nicht mehr in der Lage, für alle Menschen die grundlegenden Lebensbedürfnisse zu gewährleisten. Diese Situation bringt für Menschen mit geringen finanziellen und zeitlichen Ressourcen vielfältiges soziales Leid hervor. Gleichzeitig steht damit ein Teil der Arbeitskräfte nicht mehr mit der notwendigen Qualifikation und Leistungsbereitschaft als Produktivkräfte zur Verfügung. Der kapitalistische Widerspruch zwischen Senkung der Lohnkosten zur Profitmaximierung und der Notwendigkeit der Reproduktion von einsatzfähigen, breit ausgebildeten Arbeitskräften hat sich krisenhaft zugespitzt. Aus dem Versuch des Kapitals, der Überakkumulationskrise mit Reallohnensenkungen und Sozialabbau zu begegnen, entwickelt sich eine soziale Reproduktionskrise, die in der Folge die Kapitalverwertungsprobleme verschärft. So tragen veränderte Geschlechterverhältnisse, die Adult-Worker-Reproduktionsmodelle, die Probleme der Profitmaximierung positiv beeinflussen sollten, mit der damit ver-



bundenen Reproduktionslücke zu einer weiteren Krisenverschärfung bei.

Während in den Analysen zur Finanzkrise Menschen kaum mehr vorkommen und Geschlechterverhältnisse höchstens mit Blick auf das Geschlecht der Bankiers behandelt werden, ist in der Auseinandersetzung mit der sozialen Reproduktionskrise auch analytisch der Bezug zur Lohn- und Reproduktionsarbeit mitgedacht. So rücken die asymmetrischen Geschlechterverhältnisse mit der patriarchalen Arbeitsteilung in der Produktions- und Reproduktionssphäre ins Blickfeld. Dies ist notwendig, um nicht nur das soziale Leid gründlich zu erfassen, sondern beispielsweise mit der Perspektive einer Care-Revolution auch politische Perspektiven jenseits des Mainstreams und im Interesse aller Menschen zu entwickeln.

Die Care-Revolution

Die Care-Revolution ist ein politisches Konzept, das die grundlegende Bedeutung der sorgenden und pflegenden Tätigkeiten, auch Care-Arbeit genannt, für alle Menschen hervorhebt (Winker 2012). Es knüpft an die Erkenntnisse feministischer Ökonomie an, wonach die lebensnotwendigen Arbeiten sozialer Reproduktion im hegemonialen Diskurs kaum Bedeutung erlangen.

Mit der Care-Revolution wird für einen grundlegenden Perspektivenwechsel plädiert. Dabei geht es um nicht weniger als die Forderung, dass nicht Profitmaximierung, sondern die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen im Zentrum politischen Handelns stehen sollte. Ausgehend von der Care-Arbeit geht es um die Verwirklichung all jener Aufgaben, die zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und für die individuelle und generative Reproduktion notwendig sind, die auf den Gebrauchswert abheben und nicht der kapitalistischen Verwertungslogik folgen. So werden Zeit für die Reproduktionsarbeit, Zeit für die Produktion der gesellschaftlich notwendigen Güter und Dienstleistungen, Zeit für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement sowie Zeit für Musse – bei gleichzeitiger sozialer Absicherung – zum Ziel gesellschaftlicher Transformation (vgl. auch Haug 2011).

Was bedeutet Care-Revolution politisch? Erstens müssen gesellschaftliche Bedingungen realisiert werden, in denen sich Reproduktionsarbeit mit genügend Zeit und bei abgesicherter Existenz realisieren lässt. Daher ist eine verbindliche und drastische zeitliche Reduktion der individuellen Erwerbsarbeit notwendig. Die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit hat mit Lohn- und Personalausgleich zu erfolgen, wobei Mindestlöhne realisiert werden müssen. So kann den sinkenden Reallöhnen



und der zunehmenden Arbeitsintensivierung entgegengewirkt werden. Darüber hinaus ist insbesondere für Menschen mit Sorgeverpflichtungen eine grundlegende soziale Absicherung auch jenseits der Erwerbsarbeit notwendig. Hier bietet sich das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens an, das ohne Bedarfsprüfung an jedes Individuum gezahlt wird und in der Höhe so ausgestattet ist, dass es die Existenz sichert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Zweitens gilt es, die auf Freiwilligkeit beruhende, individuell geleistete Reproduktionsarbeit mit einem deutlich ausgebauten Netz staatlich oder genossenschaftlich angebotener Dienstleistungen zu verbinden. Notwendig ist der Ausbau von vergemeinschafteten, staatlichen oder genossenschaftlichen Angeboten im Bereich der Kinderbetreuung und der Altenpflege, die überall dort zum Einsatz kommen sollten, wo Tätigkeiten innerhalb der Familien nicht realisierbar sind oder gemeinschaftliche Care-Arbeit mehr Qualität hervorbringt. Auch qualitativ hochwertige Bildungsangebote und eine umfassende Gesundheitsversorgung würden viele familiäre Reproduktionstätigkeiten erleichtern. Der gesellschaftlich vorhandene Reichtum macht es möglich, diese Dienstleistungen von professionell ausgebildetem Personal steuerfinanziert anzubieten und damit allen Menschen zur Verfügung zu stellen. Ferner gilt es darüber nachzudenken, wie die Debatte um Commons oder Allmende, die sich ebenfalls der kapitalistischen Warenwirtschaft entzieht und den Gebrauchswert betont, im Sinne einer Care-Revolution erweitert werden kann. Zwar beziehen sich noch viele dieser Initiativen auf Güter wie beispielsweise Lebensmittel. Bei Projekten zum generationenübergreifenden Wohnen jedoch sind bereits die Stärken dieser auf Gemeinschaft orientierten Care-Aktivitäten zu erkennen.

Drittens ist gleichzeitig eine gesellschaftliche Aufwertung von Care-Arbeit wichtig. Zunächst gilt es, personennahe Dienstleistungen deutlich höher zu entlohnen. Dies würde für alle Menschen – vor allem die vielen Frauen, die in diesem Bereich tätig sind – endlich existenzsichernde Löhne bedeuten. Es ist völlig unangemessen, dass der Umgang mit Maschinen weiterhin besser bezahlt wird als die Betreuung und Pflege von Menschen. Mit der Aufwertung von Care-Arbeit, verbunden mit humanen Aufenthaltsgesetzen, liessen sich auch die finanziellen und rechtlichen Arbeitsbedingungen von migrantischen Angestellten in der häuslichen, aber auch in der privatwirtschaftlichen und staatlichen Betreuungs- und Pflegearbeit verbessern und legalisieren. Mit der zeitlichen Reduktion von Erwerbsarbeit bei gleichzeitig finanzieller Existenzsicherung sowie einem Ausbau und einer Aufwertung personennaher Dienstleistungen liesse sich Arbeit im ganz umfassenden Sinn – also in-



klusive der Reproduktionsarbeit – auch zwischen den Geschlechtern umverteilen.

Die hier vorgestellten Massnahmen einer Care-Revolution, die für eine ökonomisch hoch entwickelte Gesellschaft als Selbstverständlichkeit gelten müssten, sind nicht einfach zu realisieren, da sie kostenintensiv sind und Profitraten beeinträchtigen. Notwendig ist daher eine gesellschaftliche Mobilisierung von unten. Ausgangspunkt für Widersetzungspraxen und die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens sind kollektive Selbstreflexionsprozesse, die an alltäglichen Erfahrungen anknüpfen. Dabei wird deutlich, dass persönliche Einschränkungen der Lebensperspektiven keine individuelle Angelegenheit, sondern auf strukturelle, veränderbare Bedingungen zurückzuführen sind. Hier sind die geforderten Zeitressourcen gleichzeitig die Voraussetzung für ein zivilgesellschaftliches Engagement, bei dem sich Menschen klar darüber werden, dass sie in ihren vielfältigen Auseinandersetzungen auch gemeinsame Ziele verfolgen. Vielen geht es jenseits von bipolaren Geschlechterzuordnungen um ein selbstbestimmtes Leben, in dem neben Arbeit – Lohn- und Reproduktionsarbeit – Zeiten der Musse wichtig sind. Hier ergeben sich zahlreiche inhaltliche Anchlüsse an Initiativen und Netzwerke, die sich mit sozialen, aber auch ökologischen Transformationsprozessen auseinandersetzen. Verbindend könnte die radikale Erkenntnis sein, dass menschliche Lebensinteressen nicht über profitorientierte Kapitalakkumulation zu verwirklichen sind, sondern nur durch gemeinschaftliches Handeln und Solidarität. Insofern verstärken an der Care-Revolution orientierte politische Aktivitäten antikapitalistische Politiken und eröffnen neu gewendete Debatten um sozialistische Visionen.



Literatur

- Brückner, Margrit: Entwicklungen der Care-Debatte – Wurzeln und Begrifflichkeiten. In: Ursula Apitzsch & Marianne Schmidbauer (Hrsg.): Care- und Migration. S. 43-58. Barbara Budrich, Opladen 2010.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend BMFSFJ & Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02. Berlin 2003.
- Fraser, Nancy: Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. Blätter für deutsche und internationale Politik, 54/2009 (8), S. 43-57.
- Haug, Frigga: Die-Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Argument, Hamburg 2011.
- Kontos, Silvia & Karin Walser: ...weil nur zählt, was Geld einbringt. Probleme der Hausfrauenarbeit. Burckhardtthaus-Laetare, Gelnhausen 1979.
- Krüger, Stephan: Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation. Konjunkturzyklus und langfristige Entwicklungstendenzen. VSA, Hamburg 2010.
- Lenze, Anne: In schlechter Verfassung. Familienpolitik in Deutschland. Vorgänge 47/2008 (3), S. 15-22.
- Madörin, Mascha: Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Torsten Niechoj & Marco Tullney (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie. Metropolis, Marburg 2006, S. 277-297.
- Matuschek, Ingo; Frank Kleemann; G. Günter Voss: Subjektivierete Taylorisierung als Beherrschung der Arbeitsperson. Prokla 38/2008 (1), S. 49-64.
- Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, MEW Band 25. Dietz, Berlin 1979.
- Nowak, Iris; Jette Hausotter; Gabriele Winker: Entgrenzung in Industrie und Altenpflege: Perspektiven erweiterter Handlungsfähigkeit bei Beschäftigten. WSI-Mitteilungen, 65/2012 (4), S. 272-280.
- Rürup, Bert; Sandra Gruescu: Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2003.
- Soiland, Tove: Gender oder Von der der Passförmigkeit des Subversiven. Über die Konvergenz von Kritik und Sozialtechnologie. Das Argument, 51/2009 (3), S. 409-419.
- Voss, G. Günter; Hans J. Pongratz: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der »Ware Arbeitskraft«? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50/1998 (1), S. 131-158.
- Winker, Gabriele: Care-Revolution. In: Ulrich Brand et al. (Hrsg.): ABC der Alternativen 2.0 (48-49). VSA Verlag, Hamburg 2012.
- Winker, Gabriele; Tanja Carstensen: Eigenverantwortung in Beruf und Familie – vom Arbeitskraftunternehmer zur ArbeitskraftmanagerIn. Feministische Studien, 25/2007 (2), S. 277-288.